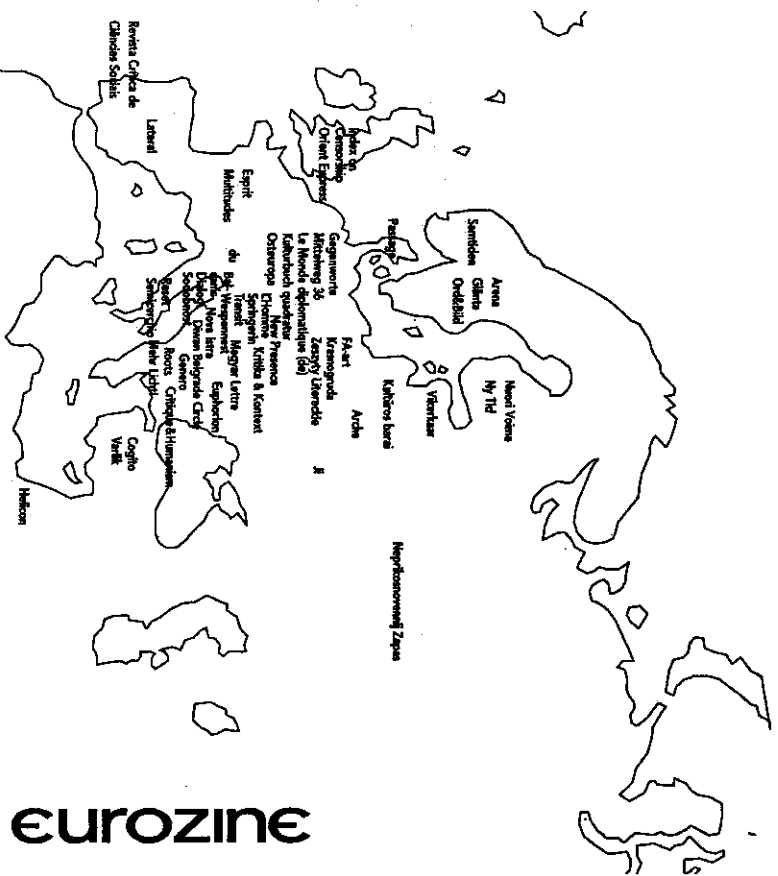


OstEuropa

НЕПРИКОСОВЕННЫЙ ЗАПАД

... und 48 weitere Zeitschriften aus 32 Ländern



EUROZINE – www.eurozine.com

Iris Kempe

Eine neue Ostpolitik

Europas Antwort auf die Regenbogenrevolutionen

Die Regenbogenrevolutionen in der Ukraine und Georgien haben sich an westlichen Werten orientiert. Eine erfolgreiche Transformation in diesen Staaten hängt auch von deren Einbindung in den westlichen Integrationsraum ab. Mit der Nachbarschaftspolitik hat die Europäische Union auf den Handlungsdruck reagiert. Doch derzeit befindet sich die Europäische Union in einer Integrationskrise. Gleichzeitig ist der Kreml mit seiner Strategie gescheitert, den postsowjetischen Raum durch Abhängigkeit und personelle Netzwerke zu integrieren. Eine „neue Ostpolitik“ ist gefordert, um den überlappenden Integrationsraum zwischen Rußland und dem Westen zu gestalten.

Die Regenbogenrevolutionen in Georgien, der Ukraine und in Kirgyzstan haben sich an europäischen Werten und Normen orientiert.¹ In der Ukraine waren die Forderungen nach freien und fairen Wahlen auch mit dem Wunsch verbunden, der Europäischen Union beizutreten. Ein Jahrzehnt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist die EU damit erneut unter Handlungsdruck geraten. Gleichzeitig ist jedoch die EU in eine tiefe Krise geraten. Die beiden erfolglosen Referenden über die europäische Verfassung in Frankreich und den Niederlanden verdeutlichen die Schwierigkeiten, die EU zu erweitern und die Integration zu vertiefen. Bisher garantierte die Europäische Union Sicherheit und Stabilität über ihre Grenzen hinaus, in dem sie eine Aufnahme der Anrainerstaaten in Aussicht stellte. Die Assoziation und der spätere Beitritt wurden zu einer gesamteuropäischen Erfolgsgeschichte. Alternativen waren und sind nicht in Sicht.

Die gegenwärtige demokratische Dynamik auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion und der Rückschlag für das europäische Verfassungsprojekt bedeuten neue Herausforderungen für alle europäischen Staaten. Die Erwartungen der osteuropäischen Staaten an die EU haben sich verändert, gleichzeitig geben sie neue Impulse, kämpfen aber auch mit neuen und alten Problemen.

¹ Iris Kempe (1968), Dr. phil., Politikwissenschaftlerin, Centrum für angewandte Politikforschung der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik, Projekt: Direkte Nachbarschaft – Rußland, Belarus, Ukraine, Moldova und die EU

² Ein offizieller Kanon europäischer Werte findet sich im Entwurf für eine Verfassung für Europa, Teil I, Titel I, Art. 2: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte; diese Werte sind allen Mitgliedsstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Nichtdiskriminierung auszeichnet.“ <<http://european-convention.eu.int/DraftTreaty.asp?lang=DE>>

Welche Konzepte hat die Europäische Union zur Gestaltung ihrer Nachbarschaftsbeziehungen, sind sie angesichts der neuen Situation noch adäquat? Welche Chancen bieten diese Konzepte, wo sind ihre Grenzen? Welche Alternativen gibt es für die Gestaltung der Beziehungen zwischen der EU und ihren Nachbarstaaten?

Osteuropa als neue europäische Herausforderung

Westliche Beobachter und Politiker hatten frühzeitig erkannt, wie wichtig die für Herbst 2004 angesetzten ukrainischen Präsidentschaftswahlen sein würden. Anders Aslund beurteilte im Frühjahr 2003 termingerechte und demokratische Wahlen, die sich an westlichen Standards orientieren, als eine Voraussetzung für den weiteren Reformverlauf in Richtung Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.² Madeleine Albright, Richard Holbrooke, Jan Katchick und Marek Brzezinski warteten die politische Führung in Kiew, daß über die Chancen für eine Aufnahme der Ukraine in EU und NATO im Herbst 2004 in den Wahllokalen entschieden werde.³ Im Dezember 2004 stimmte die ukrainische Bevölkerung erstmals in freien und fairen Wahlen für einen Präsidenten des demokratischen Lagers ab. Die Wahl Viktor Juščenkos war Ergebnis der Orangen Revolution, in der die demokratische Opposition – getragen von der Zivilgesellschaft – wochenlang auf den Straßen Kiëvs und andersorts für die Einhaltung europäischer Werte und Normen gekämpft hatte.⁴ Damit hat die Ukraine wichtige Forderungen der EU-Hauptstädte erfüllt. Dennoch hat Brüssel bisher nicht wie von Kiew erhofft, Bereitschaft zur Aufnahme der Ukraine in die EU signalisiert. Dennoch haben Präsident Juščenko ebenso wie seine mittlerweile entlassene Ministerpräsidentin Julia Timošenko an ihrem Ziel eines EU-Beitritts festgehalten. Bereits während der Amtszeit von Präsident Kuchma war die „europäische Wahl“ zwar ein deklariertes Ziel. Es mangelte jedoch an einer innenpolitischen Unterfütterung. Auch außenpolitisch lavierte Kuchma ungeachtet der anders lautenden Rhetorik zwischen der Rußländischen Föderation und dem Westen. Dies hat sich seit dem Regierungswechsel grundlegend verändert. Unter dem Diktum der „europäischen Wahl“ wird nun die außenpolitische Orientierung auf die EU mit den notwendigen inneren Reformen verbunden. Dies zeigt sich etwa an der Strategie zur Integration der Ukraine in die EU, die Präsident Juščenko erlassen hat.⁵ Darüber hinaus hat die Ukraine den gemeinsamen Aktionsplan im Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik zugestimmt und einen Maßnahmenkatalog für eine zielgerichtete Implementierung im Verlaufe eines Jahres verabschiedet.⁶ Schließlich kommt das Ziel der EU-Integration auch im Aufbau der Regierung zum Ausdruck: Unter Timošenko war Oleh Rybakuč als stellvertretender Premierminister zuständig für die EU-Integration. Ein Zeichen setzte Präsident Juščenko mit der einseitigen Aufhebung der Visumsbestim-

² Anders Aslund: Left Behind. Ukraine's Uncertain Transformation, in: The National Interest, Fall 2003, S. 107–116.

³ Madeleine K. Albright: How to help Ukraine to vote, in: The New York Times, 8.3.2004. – Richard Holbrooke, Jan Katchicki, Marek Brzezinski: Ukraine – U.S. relations hinge on fall elections, in: The Detroit Free Press, September 2004.

⁴ Mykola Riabuk: Die Ukraine am Scheideweg. Ist ein Erpresserstaat reformierbar? In: OSTEUROPA, 1/2005, S. 4–15. – Iris Kempe, Helmut Kurth (Hrsg.): Presidential Election and Orange Revolution. Implications for Ukraine's Transition, Kiev 2005.

⁵ <www.rfa.gov.ua/integration>.

⁶ Measures to Implement Ukraine-EU action Plan in 2005. The Cabinet of Ministries of Ukraine, Decision No. 117-r, April 22, 2005 (adopted).

mungen für Bürger der Europäischen Union, der Schweiz und Lichtenstein. Anlaß für diese Erleichterung der Einreise in und des Transits durch die Ukraine war zunächst der *Eurovision Song Contest* in Kiew, die Visumsbefreiung war denn auch auf den Zeitraum vom 1. Mai bis zum 1. September 2005 befristet. Ende Juli 2005 hob Juščenko die Befristung jedoch auf. EU-Bürger und seit Juli 2005 auch US-Bürger dürfen nun visumsfrei in die Ukraine einreisen und sich dort für 90 Tage in sechs Monaten aufhalten.⁷

Die politischen und die wirtschaftlichen Reformen haben bislang keine ähnlich scharfen Konturen gewonnen wie die außenpolitische Orientierung des Landes. Als Erfolg sind der freie und faire wiederholte zweite Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 26. Dezember 2004 und die Gewährleistung der Medienfreiheit zu werten. Damit verbunden war ein bislang ungekanntes Engagement der Zivilgesellschaft.⁸ Hingegen ist insbesondere der wirtschaftliche Reformkurs unklar und zum Teil widersprüchlich. Eine der größten Herausforderungen stellt die Reform der öffentlichen Monopole und die Privatisierung von Staatsunternehmen wie etwa der *Ukrtelekom*, *Ukropprom*, *Ukreximbank* dar. Die Überprüfung von bereits privatisierten Schlüsselunternehmen ist erneut in das Visier der politischen und öffentlichen Aufmerksamkeit geraten. Während Premierministerin Julia Timošenko für Elemente einer staatlich gelenkten Wirtschaft votierte, orientiert sich Präsident Juščenko an Leitlinien einer liberalen Wirtschaftspolitik. So schlug Timošenko zunächst vor, die Privatisierung von rund 3000 Betrieben zu überprüfen, um sie gegebenenfalls rückgängig zu machen. Juščenko sprach dagegen nur von der Reprivatisierung von 30 Unternehmen, vor allem aus der Metallindustrie, deren Privatisierung intransparent verlaufen war.⁹ Der Konflikt zwischen den beiden Flügeln des ehemaligen Oppositionslagers hat mittlerweile mit der Entlassung der Premierministerin Anfang September 2005 einen Höhepunkt erreicht.¹⁰

Die Regulierung dieses Konflikts ist die Voraussetzung für die Bewältigung einer langen Reihe von Aufgaben, denen sich die Ukraine stellen muß. Die Korruption muß eingedämmt werden, eine Verfassungsreform ist geplant, die das Parlament und die Regierung gegenüber dem Präsidenten stärken und den Regionen mehr Kompetenzen verleihen soll. Verschärft wird die Situation durch den erheblichen Zeitdruck, unter dem die Ukraine steht. Die vorgezogenen Parlamentswahlen finden bereits im März 2006 statt, schon im Herbst 2005 wird der Wahlkampf beginnen. Im Jahre 2006 sollen jedoch bereits die Verhandlungen über einen WTO-Beitritt der Ukraine erfolgreich abgeschlossen sein.

Ohne Unterstützung der Bevölkerung sind Reformen nicht durchführbar. Das erschwert die Situation, da die Reformen zunächst teilweise zu Einbußen im Lebensstandard führen können. Den schwierigen Transformationsweg, den die Ukraine zu durchschreiten hat, will sie von der Rußländischen Föderation unabhängiger werden und sich stärker nach Westen ausrichten, erfordert eine klare EU-Perspektive. Bisher

⁷ Ukaz prezidenta Ukrainy No 1131/2005 „O wvedenni bezvizovogo režima dlja graždan gosudarstv-stenov Evropejskogo Sojuza, Šveycarskoj Kontfederacii i Knjžestva Lichtenštejn, 26 jultja 2005 goda.

⁸ Oleksandr Sushko: Ukraine, in: Nations in Transit 2005; <www.freedomhouse.org/research/natranst.htm>.

⁹ Juri Durtok: Der dominge Weg zur Demokratie. Die ersten 100 Tage der neuen ukrainischen Regierung: Bescheidene Erfolge und schwierige Probleme, in: KAS/Auslandsinformationen, 6/2005, S. 15–33.

¹⁰ Moritz Schularick: Ukraine. Der weite Weg nach Westen, in: Deutsche Bank Research, 31/9/2005, 21.4.2005.